



Der Mieter als Melkkuh

Das Geschäft mit der Wohnung macht inzwischen auch in Minden das Leben vieler noch schwerer.

Durch steigende Energiepreise für normale Haushalte, durch steigende Grundsteuern, die über die Nebenkosten auf die Mieter abgewälzt werden. Und als Krönung kommen die Kosten der Wärmedämmung, die kräftig auf die Miete umgelegt werden.

Nach 10 Jahren alles allein bezahlt

Es waren CDU/CSU/FDP, die den Mietshausbesitzern dieses Geschenk

machten. Als Argument diente der Klimaschutz.

11 Prozent der Kosten der Wärmedämmung dürfen jedes Jahr auf die Mieter abgewälzt werden. Nach weniger als 10 Jahren hat der Mieter die gesamte Maßnahme alleine gezahlt. Und der Vermieter steckt nur noch Gewinn ein.

So wurde die Wärmedämmung zum profitablen Geschäft auf Kosten der Mieter gemacht. Argumentiert wird mit den angeblichen Einsparungen an Energiekosten. Sie werden allerdings nicht nachgewiesen. Und sie dürften in der Realität in keinem Verhältnis zur

Mieterhöhung stehen.

Neue Verschlechterungen auf dem Weg

Neue Verschlechterungen der Rechte der Mieter sind auf den Weg gebracht. Das Recht zur Mietminderung in den ersten drei Monaten bei einer Wohnungsmodernisierung soll entfallen. Lärm, Bauschmutz etc. hat der Mieter dann zu ertragen. Finanzielle Härten, die bisher eine Modernisierung ausschließen konnten, sollen nicht mehr gelten. Und bei Verzug der Mietzahlung soll die Räumung der Wohnung über eine einstweilige Verfügung rasch erwirkt werden können. Der Ausgang der Räumungsklage, der Ausgang des Gerichtsverfahrens muss nicht mehr abgewartet werden.

Mieter können somit ganz schnell auf die Straße geworfen werden.

Besonders betroffen sind Niedrigverdiener, Rentner, Alleinstehende, junge Familien. In Minden wird Wohnraum knapper, der bezahlbar und lebenswert zugleich ist. Das gilt insbesondere für kleine Wohnungen.

Sowohl der Mieterverein als auch die SPD haben einige Forderungen aufgestellt, mit denen die Folgen etwas abgebremst werden sollen.

Doch die SPD hat viel zur jetzigen Situation beigetragen, auch in Minden hat sie seinerzeit die Privatisierung der ursprünglich stadteigenen Wohnhaus betrieben. In ihren Forderungen fehlen Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation und zur Ankurbelung des

Fortsetzung auf Seite 2



Zum 80. Jahrestag gedachten gut 50 Mindener und Minderinnen der Machtübertragung an die Nazis. Die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und der DGB hatten zusammen mit der jüdischen Gemeinde, dem Verein Deutscher Sinti, Minden und den Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten zum Mahnen und Gedenken aufgerufen.

Die Redebeiträge benannten Rüstungsindustrie und Schwerindustrie als Wegbereiter des Faschismus, schilderten seine Schreckensherrschaft und betonten die Notwendigkeit, gegen Rassismus und Neofaschismus in der heutigen Zeit vorzugehen.

Fortsetzung von Seite 1

Wohnungsbaus für die unteren Einkommensschichten.

Wohnen ist ein Menschenrecht!

Die DKP fordert die Rekommunalisierung der Wohnhaus und die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus.

Notwendig ist der Bau preiswerter Wohnungen, insbesondere von kleinen Wohnungen.

Notwendig ist ein Preisstopp für Mietwohnungen. Die Mieten dürfen nicht

weiter so steigen - auch nicht nach Modernisierungen. Das gilt auch für die Nebenkosten.

Erneuerungsmaßnahmen müssen unter sozialen und ökologischen Kriterien gefördert und dürfen nicht auf die Mieter abgewälzt werden.

Mieterrechte müssen gestärkt statt abgebaut werden.

Für die Empfänger von Hartz IV müssen die Wohnkosten in voller Höhe übernommen werden.

Impressum: Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden



Wesertorgalerie: Im Griff der Lobbyisten

Der Bürgermeister Buhre erhielt einen Innovationspreis für die Bürgerbeteiligung „Minden gestalten“ bei der Vorbereitung der Wesertorgalerie.

Vergeben wurde er vom „German Council of Shoppingcenters“ (GCSC). Das ist ein Lobbyverband der Handelsimmobilienwirtschaft. Und ein besonders prominentes Mitglied dieses Verbandes ist ECE. Und ECE will in Minden die riesige Wesertorgalerie errichten.

Die Partei „Die Linke“ wies in einer Pressemitteilung darauf hin, dass alle in der Projektgruppe des Planungsprozesses „Minden gestalten“ mit dem ECE verhandelt sind. Sie alle sind Mitglieder des GCSC oder über ihre Arbeitgeber mit ihm verflochten: Der Moderator von „Minden gestalten“ Andreas Jacob von der Firu mbH, der städtebauliche Berater der Stadt Prof. Dr. Christ und Dr. Josef Frechen von der GesaBulwin, der dort jüngst einen Vortrag über den „Handel der Zukunft“ hielt.

Und nun verkündete das Cima-Gutachten sogar eine Größenordnung der Wesertorgalerie von 26.000 Quadratmetern Verkaufsfläche mit zusätzlichen Flächen für Gastronomie als angeblich unschädlich für den übrigen Handel in Minden.

Das Einkaufszentrum droht demnach noch um ein paar Tausend Quadratmeter bombastischer zu werden als bisher an die Öffentlichkeit kam. Also noch zerstörerischer für den Rest der Stadt.

„Die Linke“ weist in einer Pressemitteilung auch noch auf andere Mechanismen hin, mit denen auf Stadtverordnete und ihre Parteien versucht wird einzuwirken. Es gibt also ein ganzes Gespinnst der Beeinflussung unter verschiedenen Firmenschildern.

Diese Informationen können nur bedeuten, dass man den ganzen als Bürgerbeteiligung dargestellten Prozess als Farce betrachten muss. ECE zieht die Fäden und die Parteien im Rat gehen mehr oder weniger unkritisch mit, ausgenommen „Die Linke“ und

die Grünen. Die anderen Parteien sind bereit, für die Interessen von ECE die Verödung der Rest-Stadt in Kauf zu nehmen.

Gerade angesichts dieser massiven Lobbyarbeit von ECE hat die Öffentlichkeit ein Recht, die Vereinbarungen zwischen Stadt und ECE zu kennen. Der Vertrag zwischen der Stadt und ECE über die Planungsaufträge muss offengelegt werden!



dkp-minden.de



DKP www.kommunisten.de

Das Nachrichtenportal der DKP

RegioPort Weser:

Ein neues Fass ohne Boden

Gespentisch: Da hält die Flaute in der Containerschifffahrt an und in Minden wird ein großer RegioPort beschlossen. Er soll als sogenannter Hinterland-Hub als Drehscheibe für die Verteilung der Container dienen. Der RegioPort wird als Zukunftsprojekt für die gesamte Region gepriesen. Doch die zu Grunde gelegten Zahlen sind fragwürdig und halten einer kritischen Überprüfung nicht stand.

Fragwürdige Prognosen

Den Planungen des RegioPort Weser liegen Prognosen eines in den kommenden Jahren ständig und erheblich wachsenden Güterumschlags zugrunde.

Doch die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise macht seit Jahren einen Strich durch diese Rechnung. Ein Ende ist nicht in Sicht.

In Hamburg wird die Flaute des Containerumschlags beklagt, der JadeWeserPort liegt am Boden und die Zuwächse in Bremerhaven kommen durch Verlagerungen des Transports zustande.

Somit sind die für die künftigen Jahre prognostizierten Zuwachsraten des Umschlags gar nicht erreichbar.

Geschönte Zahlen

Der RegioPort Weser erfüllt nicht die erforderlichen Kriterien für einen erfolgreichen Hinterland-Hafen und eine bedeutende Logistik-Drehscheibe.

Die Anbindung an die anderen Verkehrsträger ist ungünstig. Es fehlt die Nähe zu lokalen Produzenten,

Großverladern und Kunden.

Auch nach dem Ausbau der Mittelweser werden die Container auf den Schiffen nur in zwei Lagen gestapelt werden können. Und nicht in drei Lagen, wovon die Prognosen der Hafen GmbH ausgehen. Die Brücken sind dafür zu niedrig und deren Umbau ist nirgendwo vorgesehen.

Die Hoffnungen beruhen auf Zahlen, die unrealistisch sind.

RegioPort als Verlustgeschäft

Auch nach diesen geschönten Zahlen wird der RegioPort bis zum Jahr 2025 nur Verluste bringen. Dabei sind die Kosten z. B. für den Straßenbau, einen zukünftigen Schienenanschluss oder den Schallschutz noch gar nicht berücksichtigt. Ganz zu schweigen von den bei derartigen Projekten üblichen Kostensteigerungen.

So droht der ohnehin klammen Stadt Minden ein Fass ohne Boden.

Die DKP Minden teilt Einwände der Bürgerinitiative Containerhafen e. V. (BiCon) und lehnt diesen RegioPort Weser nachdrücklich als überdimensioniert ab.

Gesellschaftliche Alternativen

Die Verlagerung des Verkehrs von der Straße und der Luft auf Schiene und Wasser ist durchaus sinnvoll und notwendig.

Die Binnenschifffahrt ist eine ökologisch sinnvolle Alternative zu LKW-Transporten. Insofern ist eine **ange-**

messene Erweiterung der Umschlagsmöglichkeiten in Minden zu unterstützen.



Doch die Binnenschifffahrt soll nach allen Prognosen weiterhin nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Die derzeitige Politik will die Entwicklung dem „Markt“ überlassen. Deshalb finden ernsthafte Eingriffe mit dem Ziel der Lenkung in Richtung ökologisch sinnvoller Entwicklung nicht statt.

Im Gegenteil: Die Bahn wird mit dem Ziel ihres Börsenganges zurückgebaut. Die Bundesregierung verhindert ökologische Auflagen für die heimische Autoindustrie. Der LKW- und Fernbusverkehr wird gefördert. Das ist auf den Einfluss der Automobilkonzerne zurückzuführen.

Die kurzfristigen Profitinteressen der Konzerne und der mit ihnen verbundenen Banken verhindern das ökologisch notwendige Umsteuern.

Fortsetzung auf Seite 4

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen. Probeabo anfordern unter: <http://www.unsere-zeit.de>

Fortsetzung von Seite 3

Eine andere Politik ist notwendig. Dafür muss der Einfluss der Großkonzerne und Banken auf die Politik zurückgedrängt, muss deren Macht überwunden werden.

Es müssen die Voraussetzungen für eine demokratische Planung von Wirtschaft und Verkehr geschaffen werden. Dann könnte die blinde Anarchie von Markt und Profitmaximierung überwunden und die Entwicklung unserer

Gesellschaft nachhaltig in demokratischer, sozialer und ökologischer Richtung befördert werden. Überdimensionierte Projekte, die sich anschließend als Fehlinvestition erweisen, können dann vermieden werden.

9. März : Aktions – und Menschenkette

Aus Anlass des 2. Jahrestages des Fukushima-GAU ruft die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung am 9. März zu einer Aktions- und Menschenkette rund um das AKW Grohnde (bei Hameln) auf.



In dem Mobilisierungs-Flugblatt der "Grohnde-Kampagne" heißt es u.a.:

"Auch wenn der Bundestag 2011 Atomausstieg und Energiewende beschlossen hat, macht das die noch laufenden Atomkraftwerke nicht sicherer, wird weiter Atommüll produziert, kann uns niemand bei einer jederzeit möglichen Katastrophe schützen."

Die AKW-Betreiber versuchen weiterhin den Atomausstieg zu hintertreiben. Angeblich verteuern die alternativen Energien den Strom.

Doch die Gründe für die steigenden Strompreise liegen woanders:

Es sind die Ausnahmeregelungen für die Industrie und die Abwälzung der Kosten der Umstellung auf alternative Energie auf die Haushalte. Sie sollen zudem noch die Trassen für den Stromtransport zahlen. Und obendrein auch noch die angeblichen Gewinnaufschläge der Windparkbetreiber in der Nordsee zahlen, die durch noch fehlen-



de Stromleitungen entstehen. Und die Energiekonzerne geben den gesunkenen Börsenpreis für die alternativen Energien nicht an ihre Kunden weiter.

Der Kampf für die Abschaltung aller AKW und für bezahlbaren Strom hat denselben Gegner: Die Energiekonzerne.

Die Giftliste aus dem Hause Schäuble/Kampeter

Es geht um Kürzungen in zweistelliger Milliardenhöhe. Natürlich nach der Bundestagswahl.

In den Empfehlungen steht z.B.: die Erhöhung der Verbrauchersteuer auf 19 Prozent auf Lebensmittel, Bücher und Fahrkarten im ÖPNV. Das würde 23 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen und das Leben spürbar verteuern.

Der Zuschuss zum Gesundheitsfonds soll um 10 Milliarden gekürzt werden. Wer vor 67 in Rente geht, soll 6,7 Prozent (bisher 3,6 Prozent) pro Jahr weniger Rente erhalten. Die Menschen sollen aber auch noch länger arbeiten. Was noch weniger Rente bedeutet, noch mehr Altersarmut. Die Witwen-

rente soll sinken. Und das sind nur die schon durchgesickerten Grausamkeiten.

Was wollen wir uns noch alles gefallen lassen. Machen wir endlich Schluss mit den uns aufgebürdeten Grausamkeiten und zeigen wir dem Kapital die rote Karte. Wenn wir unsere Wut nicht auf die Straße tragen und uns massenhaft und lautstark zu Wort

melden, wird man uns weiter behandeln wie Stimmvieh. Machen wir Druck in unseren Gewerkschaften und unterstützen wir die Bewegung "Umfairteilen". Zeigen wir uns solidarisch mit den Streikenden in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

